

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 5. April 2017**

### **2825. 2017/65**

**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 22.03.2017:**

**Umzug der Kantonspolizei ins neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Bericht über die räumlichen Auswirkungen und Umzugskosten bezüglich der gemeinsam mit der Stadtpolizei genutzten Polizeiinfrastruktur und den Strategieentwicklungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2785/2017): Wie bereits in der vorherigen Debatte zum Ausdruck gebracht wurde, unterstützen wir den Bau des Objekts am Mühleweg. Der zweite Blick auf das Objekt macht jedoch auch uns nachdenklich. Ausdruck davon sind die beiden Begleitpostulate. Bereits in der Vergangenheit hat sich in Kommissionsberatungen zu raumstrategischen Entscheiden, die die Polizei betreffen, immer wieder die Frage gestellt, inwieweit uns das PJZ entlasten wird. Während wir beim Ausbildungszentrum zur Kenntnis nehmen mussten, dass das Raumkonzept nochmals angepasst werden musste, sehen wir heute bei der Weisung zur Raumbeschaffung für die Kriminalabteilung, dass der Umzug der Kantonspolizei ins PJZ für die Stadtpolizei nicht einfach ein neues Betriebskonzept, sondern auch die tiefgreifende Erarbeitung von Standortstrategien und Infrastrukturfragen auslöst. Aus städtischer Perspektive muss man sagen, dass eine Belastung durch das PJZ entsteht. In der Vergangenheit wurden die Konsequenzen, welche das PJZ für unsere eigene Infrastruktur bedeutet, vernachlässigt. Die Weisung zeigt auf, dass gemeinsam genutzte Infrastrukturen aufgegeben werden. Die Stadt muss neue Infrastrukturen aufbauen. Das PJZ hat immer das Ziel verfolgt, die Zusammenarbeit zwischen Kantonspolizei und den kantonalen Justizbehörden zu optimieren. Es ist dabei aber nicht klar zum Ausdruck gekommen, dass die Stadt dabei neue Wege suchen muss. Dies ist mit erheblichem finanziellen Aufwand und städtebaulichen Konsequenzen verbunden. Auch wenn Stadtrat Richard Wolff gesagt hat, es gebe stadtinterne Synergien, bleibt der Mehraufwand bestehen. Die Frage, weshalb man nicht stärker auf gemeinsam genutzte Infrastruktur setzt, bedeutet keineswegs, dass die Trennung zwischen Stadt- und Kantonspolizei neu diskutiert werden soll. Wir wollen mit diesem Bericht bewirken, dass klar wird, welche finanziellen und städtebaulichen Konsequenzen das PJZ auf den eigenen Raum- und Infrastrukturbedarf hat. Ebenfalls geht es uns darum, der Stimmbewölkerung aufzuzeigen, was das PJZ mit sich bringt. Wir fordern Transparenz im Hinblick auf die künftige Einschätzung von Investitionen, die anstehen werden.*

***Derek Richter (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Es ist richtig, dass sich die Stadt- und Kantonspolizei an der Zeughausstrasse Infrastruktur teilen. Das beschränkt sich jedoch lediglich auf die Haftinfrastruktur. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) sagt, man müsse*

*tiefgreifende Änderungen vollziehen. Die Forderung nach Kostentransparenz ist nachvollziehbar. Diese Fragen können aber auch im Budgetprozess gestellt werden. Bei der Cyberkriminalität müssen wir feststellen, dass nicht nur bei der Stadtpolizei Handlungsbedarf besteht, sondern auch in verschiedenen Kantonen und beim Bund, so zum Beispiel beim Nachrichtendienst. Dort sollten geeignete Massnahmen implementiert werden. Wer nicht glaubt, dass wir uns in einem Krieg befinden, soll die Protokolldateien einer Firewall lesen. Wir befinden uns jetzt bereits in einem Cyberkrieg. Ich kann nur vermuten, dass der verlangte Bericht irgendwo zwischen einer Beschäftigungstherapie für die Verwaltung und einem Versuch einer Entwicklung hin zur Einheitspolizei einzuordnen ist.*

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** *Es gibt kaum ein Geschäft in diesem Kanton, das mehr Nachbereitungszeit in Anspruch nimmt als das Polizei- und Justizzentrum. Das PJZ wurde im Kantonsrat durchgeboxt, weil damit Synergien genutzt werden sollen. Im Verlauf der kantonsrätlichen Beratung sind die angeblichen Synergien zerbröseln. Dies hat allerdings die Mehrheitsparteien im Kantonsrat nicht davon abgehalten, alles zu unternehmen, damit das PJZ realisiert werden kann. Wir sind im Verlauf der Kommissionsberatung darauf gestossen, dass es verschiedene räumliche und personelle Aspekte gibt, die infolge des PJZ Kosten verursachen. Man hat uns nie darüber informiert. Am Schluss müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür aufkommen. Die Kosten der Entscheide müssen wir tragen. Ich appelliere an Stadtrat Richard Wolff, wenigstens ehrlich und transparent die Kosten aufzuzeigen.*

**Andreas Egli (FDP):** *Die FDP ist der Ansicht, dass das Postulat unnötig ist. Grundsätzlich hat Markus Knauss (Grüne) recht, wenn er sagt, dass es um Vergangenheitsbewältigung geht. Dieser Bericht macht den notwendigen Umzug weder günstiger noch effizienter. Wir brauchen jetzt eine gute Lösung für die gegebene Situation. Der Begriff Synergieeffekt ist für mich eine Fata Morgana der Verwaltungstheoretiker. Hier braucht es eine gewisse Zurückhaltung seitens der Parteien.*

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Wir haben Bauchschmerzen, wenn ein Bericht gefordert wird. Dieser Bericht dient der Vergangenheitsbewältigung. Wir müssen in die Zukunft schauen. Das PJZ ist etabliert, wir können nicht mehr viel ändern. Die räumlichen Auswirkungen wurden in der Kommission ausführlich diskutiert. Die Strategie für die nächsten zehn Jahre wurde dargelegt. Vor etlichen Jahren wollte man die Stadt- und Kantonspolizei zusammenlegen. Dies wurde abgelehnt. Es gibt diese Trennung deshalb weiterhin. Es gibt in der Stadt Schnittpunkte. Synergien sind nur dort sinnvoll, wo sie pragmatisch möglich sind. Beim forensischen Dienst werden sie genutzt. Die Zusammenlegung des digitalen forensischen Dienstes kann sinnvoll sein.*

Das Postulat wird mit 72 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat